

Kaliabbau offenbar vor Genehmigung

Konzern setzt sich anscheinend in allen zentralen Punkten durch / Scharfe Kritik am Landkreis

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Sarstedt. Der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) darf mit einer Genehmigung dafür rechnen, den Kaliabbau bei Giesen neu zu starten. Das geht aus einem internen Sachstandsbericht des Landes-Wirtschaftsministeriums hervor, der dieser Zeitung vorliegt. Dem Ressort untersteht das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), das für die Genehmigung zuständig ist.

Alle wesentlichen Forderungen der Bürgerinitiative (BI) Giesen-Schacht bleiben demnach unerfüllt: Es soll einen zweiten Kaliberg geben, Bahnstrecke und Wetterschacht sollen nicht verlegt werden. Beißende Kritik übt das Ministerium am Landkreis Hildesheim: Der verzögere das Genehmigungsverfahren und ignoriere Fristen.

Beim LBEG selbst sind indes „Antragsprüfung und die Beschlussfassung weit fortgeschritten“, heißt es in dem Dokument. Zu den Kernfragen aus Sicht der Anlieger hat sich die Behörde bereits eine Meinung gebildet: Abbaurückstände so zu vermeiden oder zu verwerten, dass K+S auf einen zweiten Kaliberg verzichten könnte, sei „technisch und/oder wirtschaftlich nicht umsetzbar“, heißt es. Der Plan, die Rückstände aufzubereiten und den zweiten Kaliberg bereits mit Erde abzudecken, während er entsteht, seien schon „Verfahren, die den Stand der Technik aktuell übertreffen“.

Dabei geht die Behörde auch auf die von der Bürgerinitiative (BI) Giesen-Schacht ins Feld geführten Konzepte des spanischen Kalikonzerns Iberopotash sowie des Unternehmens K-Utec ein, erklärt sie aber für nicht übertragbar. Auch die von vielen Ahrbergern gewünschte Verlegung des „ausziehenden Wetterschachts“, der Entlüftung des Bergwerks, weiter weg vom Ort, soll es



Es sieht ganz so aus, als dürfte K+S bei Giesen noch einen zweiten, größeren Kaliberg in der Feldmark aufschichten.

FOTO: MORAS

nicht geben. Die Anlage am Fürstenhall stelle „keine Gefahr für Leib und Leben der Anwohner“ dar. Gefährliche CO₂-Ausbrüche wie in Hessen seien nicht zu erwarten, der Stoff komme bei Giesen gar nicht vor. Fazit: Es sei K+S daher nicht zuzumuten, den nötigen mittleren zweistelligen Millionenbetrag zu investieren.

Nicht möglich ist es nach Ansicht des LBEG zudem, eine neue Route für die Kalibahn zu finden, die der-

5

Jahre hat K+S nach einer Genehmigung Zeit, mit dem Projekt zu beginnen. Zuletzt erklärte der Konzern, diese Bedenkzeit für eine endgültige Entscheidung nutzen zu wollen.

zeit direkt am südlichen Ortsrand entlangführt. Man habe verschiedene von der BI vorgeschlagene Trassen geprüft – doch sie seien alle nicht geeignet.

Über die von der BI gewünschte Schiedsstelle zur Regulierung möglicher Bergschäden habe die Behörde nicht zu entscheiden, heißt es in dem Bericht weiter. Allerdings sei die freiwillige Einrichtung einer solchen Schiedsstelle „Gegenstand von Gesprächen mit K+S, um den

berechtigten Interessen der Bevölkerung nachzukommen“.

Scharf kritisiert das Wirtschaftsministerium den Landkreis Hildesheim. Der habe die Drei-Monats-Frist für seine Stellungnahme zur „wasserrechtlichen Erlaubnis“ für die Einleitung von Salzabwasser in die Innerste bereits um 18 Monate überschritten – und ein Ende sei nicht absehbar. Ohne diese Stellungnahme kann aber auch das gesamte Genehmigungsverfahren nicht abgeschlossen werden.

Das Ministerium macht zudem deutlich, dass es mit der Kommunikation nicht einverstanden ist – und verweist spitz darauf, alle Informationen zu dem Thema „aus der Presse“ erfahren zu haben. Wie berichtet hatte der Kreistag mit den Stimmen der Großen Koalition beschlossen, selbst über die Einleitungsgenehmigung zu entscheiden und dies nicht der Verwaltung zu überlassen. Vorausgegangen war ein langes Kräftemessen, wer zuständig sei.

Unabhängig davon geht das Wirtschaftsministerium nicht davon aus, dass das Kali-Projekt am Wasser scheitern könnte. Kurzzeitig sei mit höheren Salzeinleitungen zu rechnen, die aber nicht bedenklich seien, langfristig aber mit deutlich geringeren Konzentrationen.

KOMMENTAR

Der Landkreis blamiert sich

Monate überzogen. Was die Behörde wohl einem Bürger auferlegen würde, der sich so verhält? Wahrscheinlich hätte sie schon den Gerichtsvollzieher geschickt, um Gebühren einzutreiben.

In der ersten Stufe, beim Raumordnungsverfahren, hatte die Verwaltung sich noch als Wirtschaftsförderer geriert, stolz von einer Stellvorlage für das Bergwerks-Comeback gesprochen. In-

zwischen macht sich der Kreis landesweit als Wirtschaftsverhinderer bekannt, der die Entscheidung über ein industrielles Großprojekt durch Machtkämpfe zwischen Politik und Verwaltung verschleppt. Wo bei es egal ist, ob er die Genehmigung erteilen will oder nicht – in jedem Fall müsste längst Klarheit herrschen. Für K+S und die Anlieger gleichermaßen.

Dabei hat der Landkreis

noch Glück. K+S hat es mit der endgültigen Entscheidung über den Neustart in Giesen nicht eilig, will die weitere Entwicklung auf dem Weltmarkt abwarten und kann deswegen wohl noch mit der Verzögerung leben. Stünde der Konzern Gewehr bei Fuß und wäre dringend auf eine Entscheidung angewiesen, wäre das Verhalten des Landkreises ein Skandal. So ist es nur peinlich.



Von Tarek Abu Ajamieh

Drei Monate hatte der Landkreis für seine Stellungnahme – inzwischen hat er die Frist um 18